
„Parteitag der Totalität“ Ein unbekannter Beitrag Richard Löwenthals über Hitlers Nürnberger Heerschau vom September 1935

Mike Schmeitzner



Dr. Mike Schmeitzner, geb. 1968 in Dresden. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (Anschrift: D-01062 Dresden). Studium der Geschichte und Germanistik an der PH

und TU Dresden. Promotion zum Dr. phil. 1999 an der TU Dresden; 2010/11 Gastprofessor an der Universität Erfurt.

Abstract

In October 1935, the German paper “Sozialistische Aktion” (“Socialist Action”) published an anonymous text about the recently held Party Conference of the NSDAP in Nuremberg. The text was entitled “Party Conference of Totality” and was written by the later widely known political scientist Richard Löwenthal. Löwenthal wanted to mobilize the German opponents of Hitler by making a case against the dictatorship. Analyzing the situation, he warned about the totalitarian and racist tendencies of the regime and its preparations for a “total war”.

Unter dem Originaltitel „Parteitag der Totalität“ wird hier erstmals ein unbekanntes Dokument des späteren Politikwissenschaftlers Richard Löwenthal veröffentlicht, das aus seiner frühen Schaffensperiode stammt und mit dem Nürnberger NS-Parteitag 1935 eine Zäsur in der Geschichte des „Dritten Reiches“ reflektiert. Der Text weist eine komplizierte Struktur auf, da er verschiedene Elemente und Motive vereint: Er analysiert, informiert und appelliert darüber hinaus an bestimmte Zielgruppen. Eine solche Synthese verwundert nicht, wenn man den zeitgenössischen Kontext, die Veröffentlichungsform und die Adressaten in den Blick nimmt. Der Text wurde im Oktober 1935 in der sozialdemokratischen Exil-Zeitung „Sozialistische Aktion“ veröffentlicht, die seit Herbst 1933 auf illegalen Wegen in das nationalsozialistische Deutschland eingeschleust und von Vertrauensleuten verteilt wurde. Im Gegensatz zum „Neuen Vorwärts“, der seit dieser Zeit als Auslandsorgan des SPD-Exilvorstandes galt, handelte es sich bei der „Sozialistischen Aktion“ um die nach innen – in die Diktatur – gerichtete Printausgabe.¹ Dementsprechend war auch die Mehrzahl der hier veröffent-

1 Vgl. Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 928 f.

lichten Texte abgefasst: Sie sollten die eigenen Anhänger im – medienpolitisch – gleichgeschalteten und von der Außenwelt abgeschirmten „Dritten Reich“ mit Informationen und Argumenten versorgen, aber eben auch mit Widerstandsgestimmungen erfüllen. Ganz in diesem Sinne ist Löwenthals Text verfasst, der als Leitartikel die gesamte erste Seite der Ausgabe einnahm.

Wie in den allermeisten Fällen üblich, erschienen solche Artikel ohne Namen oder Pseudonyme des Verfassers, um der politischen Polizei weder direkte noch indirekte Hinweise auf die Identität zu geben. Auch Löwenthals Artikel war nicht gezeichnet; selbst die Verwendung seines damals schon gebräuchlichen Pseudonyms „Paul Sering“ unterblieb. In der Forschung wurden solche Texte deshalb stärker mit dem Chefredakteur der „Sozialistischen Aktion“, Paul Hertz, in Verbindung gebracht. Von Löwenthal war nur bekannt, dass er im Theorieorgan der Exil-SPD (der Sopade), der „Zeitschrift für Sozialismus“, analytische Texte etwa über den Faschismus im Allgemeinen und die historischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus im Konkreten unter seinem Pseudonym „Paul Sering“ veröffentlichte. Als Verfasser einer ganzen Reihe von Leitartikeln in der stärker tagespolitisch engagierten „Sozialistischen Aktion“ ist er hingegen bislang unbekannt geblieben.² Der von ihm verfasste Beitrag zum Nürnberger Reichsparteitag der NSDAP war nur der Auftakt für weitere, dort veröffentlichte Beiträge, die ebenso anonym erschienen.³

Löwenthals Autorschaft für diesen Auftakt-Artikel ergibt sich zwingend aus dem Briefwechsel zweier prominenter SPD-Politiker, die 1933 aufgrund ihrer politischen und jüdischen Herkunft ins Exil geflüchtet waren: Dabei handelt es sich um den bereits genannten Paul Hertz, der seit Herbst 1933 als Mitglied des Exil-Vorstandes die „Sozialistische Aktion“ redaktionell betreute, und um Rudolf Hilferding, den vormaligen Reichsfinanzminister, Verfasser des „Prager Manifestes“ der Exil-Partei (Januar 1934) und Chefredakteur der „Zeitschrift für Sozialismus“. Beide standen bereits seit Sommer 1935 in Kontakt mit Richard Löwenthal, der aus einem völlig anderen politischen Zusammenhang kam: 1908 in Berlin geboren, hatte der aus einem bürgerlich-jüdischen Elternhaus stammende Aktivist schon in seiner Jugendzeit (1926) Anschluss an die KPD gefunden, bevor er drei Jahre später die Partei verließ, um sich zuerst der KPO und dann der sozialistischen Gruppe „Neu Beginnen“ (NB) anzuschließen. Nach Prag, dem Zentrum der sozialdemokratisch-sozialistischen Emigra-

2 Vgl. Verzeichnis der Schriften Richard Löwenthals. In: Hannelore Horn/Alexander Schwan/Thomas Weingartner (Hg.), *Sozialismus in Theorie und Praxis*. Festschrift für Richard Löwenthal zum 70. Geburtstag am 15. April 1978, Berlin 1978, S. 667–683; vgl. auch Oliver Schmidt, „Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung“. Biographische Studien zu Richard Löwenthal im Übergang vom Exil zur frühen Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2007, S. 108–144.

3 Andere dort veröffentlichte Artikel Löwenthals waren stärker an bereits erschienene Aufsätze in der „Zeitschrift für Sozialismus“ angelehnt. Vgl. z. B. den Beitrag „Die Aufgaben der deutschen Revolution“. In: *Sozialistische Aktion* vom Juli 1936.

tion, war der promovierte Jungakademiker erst im August 1935 gekommen, da er in Berlin als überaus gefährdet galt.⁴

Seitdem gehörte er der NB-Auslandsleitung an, die in dieser Phase verstärkt Einfluss auf Politik und Apparat der Sopade zu nehmen versuchte – auch und gerade mit Beiträgen für deren Zeitschriften. Profitieren konnte sie dabei von sozialdemokratischen Spitzenfunktionären, die – wie Paul Hertz oder mehrere Grenzsekretäre – mit der radikaleren sozialistischen Sicht von NB bewusst sympathisierten oder aber konspirativ direkt zu NB übergangen. Hilferding und Hertz, die ihre Organe Löwenthal öffneten, beurteilten den jungen Mann allerdings höchst unterschiedlich: Hilferding hielt dessen bereits veröffentlichte Arbeiten in der „Zeitschrift für Sozialismus“ für „anfechtbar“; er stieß sich an Löwenthals Darstellung, wonach Hitler den „Endpunkt der Demokratie“ markiere. Zudem waren ihm Löwenthals Artikel „nachgerade eine Last“, wobei er die „Schwerfälligkeit der Ausdruckweise“ und die Überschätzung des „Wirtschaftlichen auf Kosten des Politischen“ monierte. Persönlich hielt er zwar „etwas“ von ihm, machte aber deutlich, dass er nicht wisse, wohin sich Löwenthal politisch entwickle. Schließlich warnte er Hertz vor verstärkter NB-Einflussnahme.⁵

In dieser Situation war es der weiter links stehende und mit NB sympathisierende Hertz, der Hilferding ein um das andere Mal mit Argumenten zu überzeugen versuchte. Anfang Oktober 1935 erklärte er ihm offen: „Mit Sering werde ich heute eine Aussprache haben und ihm dabei Ihre Wünsche mitteilen. Seine Adresse ist: Postschließfach 408 Prag II, Hauptpostamt (Keinen Namen angeben). *Der Artikel ‚Parteitag der Totalität‘ in der ‚SA‘ ist von ihm. Er kann also auch populär schreiben.* Dass er das auch für die Zeitschrift tut, werde ich nachdrücklichst von ihm verlangen.“⁶ Kurze Zeit später verteidigte er seinen Schützling mit den Worten: „Mein persönliches Verhältnis zu Sering beruht auf der Anerkennung seines Könnens. Intimere Beziehungen zu ihm habe ich nicht. Wir sind uns in den fünf Monaten nicht viel näher gekommen.“ Dass sich der Einfluss von NB in der „Sozialistischen Aktion“ verstärkte, stritt er rundweg ab: „Ich verfüge über das Blatt, und keine Zeile kommt hinein, die ich nicht billige.“ Er werde aber auf Löwenthal einwirken, sich in Zukunft kürzer zu fassen und „endlich zu den politischen Folgerungen“ zu kommen. Als Erfolg könne man doch

4 Zur Biographie Löwenthals vgl. Schmidt, „Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung“; Mike Schmeitzner, Einleitung zu: Richard Löwenthal, Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, Göttingen 2009, S. 9–61; Mario Kessler, Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim, Berlin 2011, S. 74–134.

5 Hilferding an Hertz vom 29.1. (?) und 25.12.1935 (AdsD, NL Paul Hertz, Nr. XLII). Das handschriftlich als 29.1.1935 notierte Datum des ersten Briefes kann aus inhaltlichen Gründen nicht stimmen; es ist auf Herbst 1935 zu datieren.

6 Hertz an Hilferding vom 7.10.1935 (ebd.). Hervorhebungen durch den Verfasser.

aber verbuchen, dass sich z. B. Hefte der Theoriezeitschrift, in der Löwenthal schreibe, besser vermarkten ließen.⁷

Ob dies für die „Sozialistische Aktion“ gleichermaßen galt, muss offen bleiben. Allerdings steht fest, dass gerade Löwenthals Artikel „Parteitag der Totalität“ alle Argumente von Hertz bestätigte: Der Text war tatsächlich – und im Gegensatz zu seinen theoretischen Ausarbeitungen für die Zeitschrift – populärwissenschaftlich verfasst und inhaltlich aus einem Guss gearbeitet; zudem deckte er alle relevanten gesellschaftlichen Felder ab und vermied so die ökonomische Engführung, die Hilferding intern monierte. Ungeachtet dessen ist der Text eindeutig aus marxistischer Perspektive geschrieben. Die NS-Diktatur verstand Löwenthal deshalb vornehmlich auch als „faschistische Form der [bürgerlichen] Klassenherrschaft“.⁸ Auch wenn der Artikel als eine Art Mischform aus informativen, kognitiven und appellativen Elementen betrachtet werden kann, überwiegt doch die Analyse, die auf erstaunlich breiter Quellenbasis ruht: Gewiss konnte Löwenthal eigene Erfahrungen fruchtbar machen, aber entscheidend dürften doch die deutschen und ausländischen Presseorgane wie auch die gut informierten „Deutschland-Berichte“ der Sopade und die von NB herausgegebenen „Berichte über die Lage in Deutschland“ gewesen sein.

Doch worin besteht nun die Instruktivität dieses Artikels über das mehrtägige Nürnberger Großereignis, das als „Parteitag der Freiheit“ in die Geschichte einging und dabei in erster Linie die im März 1935 von Hitler proklamierte Wehrfreiheit meinte? Was also sind die analytischen Stärken eines Textes, der sich u. a. mit den in Nürnberg verabschiedeten Gesetzen zur Reichsflagge und zur Diskriminierung der Juden (sogenannte Rassegesetze)⁹ beschäftigt? Erstaunlich ist zuallererst, dass Löwenthal trotz aller Hinweise auf einen ungebrochenen sozialistischen Widerstand und aller Appelle an die „ausgebeutete Klasse“ die neu gewonnene Stärke der faschistischen Diktatur herausstrich. Die „Herrschaft der Partei über den Staat“ sei „heute vollständiger denn je“, ja mehr noch: Mit den vollzogenen „Etappen der Totalität“ seit 1933 und den (gesetzlichen) Verkündigungen auf dem Parteitag zeichne sich sogar die „letzte rechtliche Vollendung des faschistischen Systems“ ab. Löwenthal rief nunmehr dazu auf, alle „Illusionen“ über einen (monarchistischen) Militärputsch gegen das Regime zu „liquidieren“. Es war dies eine Anerkennung der Realitäten, die nicht nur in der Wortwahl („Totalität“, „totalitäres System“) zum Ausdruck kam, sondern auch in der Tatsache begründet lag, dass Löwenthal selbst wenige Wochen vor Beginn

7 Hertz an Hilferding vom 14. 1. 1936 (ebd.).

8 Vgl. dazu ausführlicher Paul Sering [Richard Löwenthal], *Der Faschismus*. 1. Teil: Voraussetzungen und Träger. In: *Zeitschrift für Sozialismus*, 2 (1935) 24/25, S. 765–787; 2. Teil: System und Widersprüche. In: ebd., 2 (1935) 26/27, S. 839–856.

9 Gemeint sind das „Reichsbürgergesetz“ und das „Blutschutzgesetz“, mit denen die Trennung von „Ariern“ und „Juden“ gesetzlich festgeschrieben und die „Vertreibung der Juden aus dem deutschen Gemeinwesen“ im großen Stil eingeläutet wurde. Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Köln 1977 (engl. Original 1942/44), S. 149 ff.

des Parteitages aus Deutschland flüchten musste, um einer drohenden Verhaftung zuvorzukommen.

Als bemerkenswert darf weiter gelten, dass er das „totalitäre System“ nicht als Monolith ansah. Im Gegenteil: Lange vor der Herausbildung des Paradigmas von der polykratischen Struktur des NS-Systems hielt er die von ihm beschriebene „Konkurrenz der Apparate“ keinesfalls für ein Symptom der „Auflösung“, sondern „zum Wesen des faschistischen Regimes“¹⁰ gehörig. Klarsichtig erkannte er zudem die kaum an die Öffentlichkeit dringenden Konflikte um die NS-Wirtschaftspolitik: Der Nationalökonom vermochte sowohl die problematischen Methoden der Rüstungsfinanzierung als auch die interne Auseinandersetzung um die Gefahr einer „offenen Inflation“ treffend zu analysieren; dasselbe traf auf die Rolle zu, die dabei Hjalmar Schacht als Wirtschaftsfachmann zukam.¹¹ Für unumstößlich hielt er außerdem die „totale Kriegsvorbereitung“ des Regimes: Die in Nürnberg stattgefundene Demonstration von Partei *und* Wehrmacht sowie die kurz zuvor verkündete Einführung der Wehrpflicht waren für ihn ebenso untrügliche Zeichen eines von Hitler angetriebenen Krieges wie die permanente Aufrüstung und die gezielte Propaganda gegen Litauen. Dabei unterschied er zwischen „Vorwand“ und eigentlichem „Kreuzzug“: Hitlers Absichten würden keineswegs auf die unterdrückten Memeldeutschen zielen, sie richteten sich vielmehr gegen die UdSSR mit möglicher polnischer und britischer Unterstützung – eine Interpretation, die sich in Grundzügen mit neueren Erkenntnissen deckt.¹²

Neben solch bemerkenswerten analytischen Erkenntnissen durchzogen den Text aber auch Fehleinschätzungen und Irrtümer. Mehrfach war etwa die Rede von einem „Parteiangriff“ auf die Reichswehrführung, die mit der „Abschiebung“ des „Parteixponenten“ Walther von Reichenau aus dem Reichswehrministerium geendet habe. Demgegenüber ist zu betonen, dass der parteinahe Karrierist Reichenau zwar in der Reichswehrführung nicht sonderlich gut gelitten war, sich aber wohl aus langfristigen Karriereüberlegungen veranlasst gesehen hatte, einen „praktischen“ Zwischenschritt einzulegen.¹³ In der Frage der Juden-

10 Zur Entstehung dieses Paradigmas vgl. Ulrich von Hehl, *Nationalsozialistische Herrschaft*, München 1996, S. 60–66. Bei Löwenthal erscheint die Polykratie-These allerdings noch nicht in elaborierter Form; bei Neumann, Behemoth, geschieht dies kurze Zeit später wesentlich umfassender.

11 Zur Rolle Schachts als Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident vgl. Christopher Kopper, *Hjalmar Schacht. Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier*, München 2006, S. 268–273.

12 Zu entsprechenden Überlegungen Hitlers und Görings 1935 vgl. Rolf-Dieter Müller, *Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahr 1939*, Berlin 2011, S. 58–68.

13 Reichenau, der seit 1933 als Chef des Reichswehrministeramtes amtierte und tatsächlich nach Höherem strebte, wurde 1935 als Chef des Wehrkreiskommandos VII nach München versetzt. Die Übernahme eines solchen – von ihm bislang nicht bekleideten – Divisionskommandos bildete allerdings die notwendige Zwischenstufe auf dem weiteren Karriereweg. Reichenau avancierte 1940 zum jüngsten Generalfeldmarschall

verfolgung und Judengesetzgebung blieb der Text wiederum merkwürdig blass: Zwar sprach Löwenthal in diesem Kontext von „Barbarei“, doch erwähnte der aus dem Judentum stammende Sozialist das Thema, mit dem der Parteitag (heute) eng verknüpft ist, nur am Rande. Jahrzehnte später erklärte er voller Bitterkeit und Selbstvorwürfe: „Ich habe den Holocaust nicht vorausgesehen, irgendetwas Derartiges. Ich habe die Tiefe von Hitlers Glauben an diesen Bestandteil seiner Ideologie nicht voll ernst genommen. Da war ich noch zu sehr Marxist.“¹⁴ Was wohl heißen sollte, er habe damals zu stark die ökonomischen Aspekte und die „Klassenfrage“ betont. Ungeachtet solcher kritischen Einwände ist Löwenthals Text ein bemerkenswertes analytisches Dokument und ein interessantes Zeugnis des „Widerstandes von außen“.

Parteitag der Totalität

[aus: Sozialistische Aktion, Oktober 1935]

Der diesjährige Parteitag der NSDAP hat unter eine Periode heftiger Kämpfe unter den Trägern des Regimes, die in den letzten Monaten auch äußerlich sichtbar wurden, den vorläufigen Schlusspunkt gesetzt. In der Militärpolitik ist der Angriff Görings und Reichenaus auf die bisherige Reichswehrführung energisch und gründlich abgeschlagen worden. In der Wirtschaftspolitik hat Schacht gegen die inflationistischen Tendenzen von Teilen der Partei sein Programm durchgesetzt. Aber gerade weil die NSDAP in Militärfragen den Militärs und in Wirtschaftsfragen den Wirtschaftlern gefolgt ist, hat sie ihr politisches Programm mit einer noch nicht dagewesenen Vollständigkeit verwirklichen können. Die Herrschaft der Partei über den Staat ist trotz aller Schwächung der Massenbasis in den letzten Monaten heute vollständiger als je zuvor.

Die Etappen der Totalität

Betrachtet man heute rückschauend die Entwicklung des deutschen faschistischen Staates, so zeigt sie einen etappenweisen, aber gradlinigen Anstieg auf dem Wege zur formellen Allmacht der Partei. Von der Bildung der Regierungs-

der Wehrmacht. Vgl. Brendan Simms, Walther von Reichenau – Der politische General. In: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hg.), *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*, Berlin 1995, S. 423–445, hier 433 ff.

14 Richard Löwenthal, *Meine Heimat ist die deutsche Arbeiterbewegung*. In: Hajo Funke (Hg.), *Die andere Erinnerung. Gespräche mit jüdischen Wissenschaftlern im Exil*, Frankfurt a. M. 1989, S. 402–421, hier 411. Die Tatsache des Holocaust habe er – trotz einschlägiger Informationen – erst 1943 nicht mehr bezweifelt. Ebd.

koalition vom 30. Januar 1933 mit ihren durch Hindenburg gesicherten Sondergarantien für die nicht-nationalsozialistischen Partner¹⁵ über den Staatsstreich vom 28. Februar, der alle Garantien über den Haufen warf,¹⁶ über die Gleichschaltung der Gewerkschaften und das allgemeine Parteiverbot,¹⁷ das der Koalition formell ein Ende machte, führt dieser Weg zur vollen Unterjochung der bürgerlichen Ministerkollegen nach dem 30. Juni 1934¹⁸ – freilich einer Unterjochung unter die formale Disziplin bei Durchsetzung des Klasseninhalts ihrer Politik. Die nächste große Etappe war die Proklamation Hitlers zum Reichsführer nach Hindenburgs Tod und die Vereidigung der Wehrmacht auf ihn;¹⁹ die folgende, die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht im Zeichen Hitlers. Mit diesem Parteitag, mit der Erklärung der Hakenkreuzflagge zur alleinigen Reichsflagge vor den Augen des Heeres, mit der Erklärung Hitlers vor den versammelten Truppen, dass in aller Zukunft die Partei den Führer proklamieren werde,²⁰ dem die Wehrmacht zu folgen habe, kündigt sich die letzte rechtliche Vollendung des faschistischen Systems an.

-
- 15 Die am 30. Januar 1933 zustande gekommene Regierung Hitler umfasste sowohl Mitglieder der NSDAP, die zuerst nur eine Kabinettsminderheit bildeten, als auch Mitglieder aus dem deutschnationalen Umfeld (wie Alfred Hugenberg, Franz Seldte oder Franz von Papen).
 - 16 Löwenthal bezieht sich hier auf die sogenannte Reichstagsbrandverordnung, mit der Hitler wesentliche Grundrechtsartikel der Verfassung außer Kraft setzen ließ. Die Verordnung wird als die „Verfassungsurkunde“ (Ernst Fraenkel) der NS-Diktatur angesehen.
 - 17 Die Zerschlagung der freien (sozialdemokratisch orientierten) Gewerkschaften erfolgte mit dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 und der kurze Zeit später realisierten Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“, einem zwangsweisen Zusammenschluss von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Mit dem Gesetz vom 14. Juli 1933 wurden alle Parteien außer der NSDAP für illegal und die NS-Partei zugleich zur Staatspartei erklärt.
 - 18 Während der sogenannten „Röhm-Affäre“ wurden nicht nur Spitzenfunktionäre der SA ermordet, sondern auch konservative Vertreter, die z. T. enge Mitarbeiter von eben solchen Regierungsmitgliedern gewesen waren. Mit diesem Vorgehen hatten die NS-Machthaber ihren „Ministerkollegen“ tatsächlich jede Handlungsoption genommen.
 - 19 Nach dem Tod von Reichspräsident Paul von Hindenburg (2. 8. 1934) hatte Hitler die Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers in seiner Hand vereint („Führer und Reichskanzler“) und die Reichswehr auf seine Person vereidigen lassen.
 - 20 In der Rede Hitlers vom 16. September 1935 hieß es dazu: „Die Partei als weltanschauliche Gestalterin und politische Lenkerin des deutschen Schicksals hat der Nation und damit dem Reich den Führer zu geben.“ Zit. nach Max Domarus (Hg.), Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Band I Triumph, Zweiter Halbband 1935-1938, Wiesbaden 1973, S. 541.

Liquidierung der Illusionen!

Dass diese Vorgänge in einem Augenblick möglich sind, in dem das Volk noch von der bisher stärksten Oppositionswelle unter dem Faschismus²¹ und der lärmenden Gegenkampagne der NSDAP aufgewühlt ist, dass im Angesicht der Generalität der Flaggenwechsel und im Angesicht der Weltöffentlichkeit die Legalisierung der totalen Barbarei durch die Judengesetze²² gewagt werden kann, dass die Partei so in kritischer Stunde mit provokatorischer Offenheit ihre Macht demonstriert und dabei offensichtlich die Unterstützung der militärischen Spitzen findet, das zeigt die ganze Stärke des Regimes und die ganze Hohlheit aller Hoffnungen, die von eben diesen Militärkreisen seinen Sturz erwarteten. Gewiss ist es nicht wahr, dass Partei und Wehrmacht „eins sind“, gewiss hütet die Reichswehr eifersüchtig ihre Selbstständigkeit und duldet keine Eingriffe der Partei in ihren inneren Aufbau; doch diese Konkurrenz der Apparate, die zum Wesen des faschistischen Regimes gehört, ist kein Faktor seiner Auflösung, weil die verbindenden Interessen beider Partner weit stärker sind. Es ist an der Zeit, die Illusion vom monarchistischen Militärputsch und alle ihre verwandten Illusionen zu liquidieren. Schwachen Elementen mögen solche Vorstellungen näher kampflöser Erleichterung Trost bedeuten; sozialistische Kämpfer hindern sie daran, die Wirklichkeit nüchtern zu erkennen und zielbewusst an der Stärkung der eigenen Kraft zu arbeiten.

Totale Kriegsvorbereitung

Wie die ganze Politik des Nationalsozialismus, wie das ganze Bündnis zwischen Partei und Wehrmacht, so stand vor allem dieser Parteitag im Zeichen der totalen Kriegsvorbereitung, der Kriegsvorbereitung mit allen Mitteln der militärischen Organisationen, der Wirtschaft, der Propaganda – und der Außenpolitik. „Parteitag der Freiheit“ – mit diesem Wort feiern die Nazis die Tatsache, dass sie die Freiheit der Aufrüstung, die Freiheit imperialistischer Expansionspolitik, vielleicht bald die Freiheit des bewaffneten Überfalles auf andere Völker wiedererlangt haben. Der unstreitbare Erfolg des Nazistaates in der Wehrfrage ist freilich einstweilen noch immer mit dem Preis der weltpolitischen Isolierung erkaufte: doch gerade jetzt beginnt die Hitlerregierung angesichts der Gegensätze unter den Westmächten und der Veränderung der mitteleuropäischen Kräfte-

21 Vermutlich meinte Löwenthal (mit Blick auf die NB-Berichte) die Vertrauensrätewahlen in den Betrieben. Die Ergebnisse von 1935 wurden von NB als für die NS-Machthaber wenig zufriedenstellend und z. T. als gefälscht bewertet; nach 1935 fanden keine Wahlen mehr statt. Zur Problematik vgl. Bernd Stöver, *Berichte über die Lage in Deutschland. Die Meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936*, Bonn 1996, S. LX f. und 551 ff. (Juni-Bericht 1935).

22 Zur Vorbereitung und Realisierung der Judengesetze von 1935 vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 702–721.

verhältnisse durch das Abenteuer der italienischen Kollegen²³ Morgenluft zu wittern. Eine heftige Kolonialpropaganda setzt ein mit deutlichen Drohungen gegen Litauen in Reden und in der Presse ist der Aufwand großer Mittel diesseits und jenseits der Memelgrenze verbunden.

Man würde naiv auf die nationalistische Agitation der Faschisten hereinfallen, glaubte man ihnen, dass die nationale Unterdrückung der Memeldeutschen den Grund ihrer Aktivität bildet. Diese Unterdrückung ist vorhanden, aber sie würde Herrn Hitler so wenig scheren wie die der Deutschen Südtirols,²⁴ wenn er nicht gerade in jenem Zipfel Europas seine imperialistische Chance sähe. Ein Angriff im Donaauraum ist zu riskant: er droht jederzeit eine Einheitsfront der Westmächte und der kleinen Entente mit der Sowjetunion im Hintergrunde gegen ein isoliertes Deutschland zu provozieren, in Litauen aber kann man hoffen, die Sowjetunion allein zu treffen, mit polnischer und vielleicht sogar englischer Rückendeckung. Es ist eine gefährliche Jagd, auf die sich Göring mit seinen polnischen Gästen Ende September begeben hat.²⁵ Kaum anzunehmen, dass Hitler heute den offenen Konflikt im Osten riskieren kann, wenn Russland klar zu erkennen gibt, dass jeder Angriff auf Litauen seine Interessen verletzt: denn es ist sicher, dass England heute keine Konflikte will. Aber wenn einmal die günstige Stunde kommt – und plötzliche Beschleunigungen sind nie ganz auszuschließen – wird dies die Stelle des Angriffs sein, und die Memeldeutschen werden den Vorwand für den antibolschewistischen Kreuzzug abgeben müssen. Die Memelkampagne der deutschen Presse und die Paraden, der wachsende Anteil der Kriegswirtschaft und die Romint[en]er Jagd²⁶ – das alles sind Teile der tota-

23 Am 3. Oktober 1935 hatten auf Befehl Mussolinis die italienischen Streitkräfte Äthiopien überfallen, das erst im Mai 1936 – nach brutalem Feldzug – vollständig erobert werden konnte. Vgl. Bruno Mantelli, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin 1998, S. 105–113.

24 Auf der am 15. September 1935 in Nürnberg eilig einberufenen Reichstagsitzung agitierte Hitler heftig gegen Eingriffe Litauens in die Autonomierechte der Memeldeutschen, deren Gebiet 1923 durch Litauen besetzt worden war. Andererseits beschwor er im gleichen Atemzug die „Völkerverständigung“. Zit. nach Domarus (Hg.), *Hitler*, S. 536. Demgegenüber hatte Hitler bereits 1922 sein völliges Desinteresse an dem von Deutschen besiedelten Südtirol bekundet, das seit 1919 zu Italien gehörte. Hitlers Desinteresse war auf sein frühzeitig betriebenes Arrangement mit Mussolini-Italien zurückzuführen. Vgl. Rudolf Lill, *Südtirol in der Zeit des Nationalismus*, Konstanz 2002, S. 139–147.

25 Im Laufe des Jahres 1935 hatte sich Hermann Göring, der auch Reichsjägermeister war, tatsächlich immer wieder mit polnischen Politikern auf die Jagd in Polen und Deutschland begeben, um dem deutschen Anliegen, den östlichen Nachbarn in eine antisowjetische Allianz einzubinden, persönlich Nachdruck zu verleihen. Zum fraglichen Zeitpunkt, Ende September 1935, hielt sich allerdings der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös zu Verhandlungen über Rohstoff- und Waffenlieferungen in Deutschland auf. Auch er war Jagdgast bei Göring (in der Rominter Heide/Ostpreußen). Vgl. Müller, *Der Feind steht im Osten*, S. 58–68; Uwe Neumärker/Volker Knopf, *Görings Revier. Jagd und Politik in der Rominter Heide*, Berlin 2007, S. 56 f.

26 Gemeint ist hier die Verknüpfung von Jagd und Politik, die Göring als Reichsjägermeister in einem seiner Lieblingsjagdgebiete in Ostpreußen betrieb. Vgl. ebd.

len Kriegsvorbereitung, und darin sind Partei und Wehrmacht wirklich eins: die eine übernimmt die physische, die andere die „seelische“ Mobilmachung.

Der unvermeidliche Schacht

Die inneren Auseinandersetzungen vor dem Parteitag betrafen nicht nur das Verhältnis von Partei und Wehrmacht, sie betrafen vor allem auch die Wirtschaftspolitik. Nachdem eine Gesamtkonjunktur, ein normaler Anschluss an die weltwirtschaftliche Erholung durch die Einschnürung des deutschen Außenhandels unmöglich geworden ist, stößt die Finanzierung der militärischen Sonderkonjunktur auf wachsende Schwierigkeiten. Ein steigender, unproduktiver Wirtschaftssektor muss aus den Erträgen eines sinkenden produktiven Sektors finanziert werden, was schärfste Ausbeutung der Arbeiterklasse und staatliche Heranziehung aller Überschüsse durch Wechselreiterei²⁷ und Zwangsanleihen aller Art zur Folge hat. Der Streit ging darum, ob die Finanzierung erleichtert werden sollte, in dem man auf inflatorischem Weg die Ausbeutung verschärfte und die kleinen Sparer enteignete, oder ob der bisherige Schachtsche Weg der Vermeidung offener Inflation, der Beschränkung der Preissteigerung und Stabilhaltung der Nominallöhne unter Erweiterung des Gebrauchs von Anleihen beibehalten werden sollte. Schacht hat sich durchgesetzt, weil der inflatorische Weg mit stärkster politischer Beunruhigung und der Gefahr offensiver Lohnkämpfe der Arbeiter verbunden wäre und weil der Staat heute vor allem die Überschüsse der privaten Kapitalisten zur Finanzierung heranzieht, die auf eine Inflation nicht hineinfallen würden. Der Kampf zwischen ihm und den Inflationisten betraf keinen sozialen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und radikalisierten Schichten. Es war der Kampf zwischen dem Fachmann und den Dilettanten um den besten Weg zur Erreichung desselben Ziels.²⁸

27 Von Wechselreiterei wird dann gesprochen, wenn mehrere Geschäftspartner (einschließlich des Staates) gegenseitig Wechsel ziehen bzw. akzeptieren und so Kreditmittel generieren. Der bekannteste deutsche Fall ist der sogenannte Mefo-Wechsel, mit dessen Hilfe ein Großteil der Rüstung auf Pump betrieben wurde. Diesen speziellen Wechsel scheint Löwenthal zu diesem Zeitpunkt nicht gekannt zu haben, sehr wohl aber andere Wechselgeschäfte und Anleiheverfahren, wie die NB-Berichte aus Deutschland ausweisen. Vgl. Stöver, *Berichte über die Lage in Deutschland*, S. 511 f. (Mai-Bericht 1935) und 596 ff. (Juli-Bericht 1935).

28 Zu Schachts Vorstellungen und seinen internen Auseinandersetzungen mit Hitler und Göring vgl. Kopper, *Hjalmar Schacht*, S. 306–329.

Wer hat gesiegt?

Das ist heute wie immer die Frage aller, die den Faschismus nur als Kampf zweier Flügel begreifen können, wobei sie dem einen Flügel alle Fachleute zusammen mit der Großbourgeoisie, dem anderen den Hauptteil der Partei und die Masse ihrer Anhängerschaft zurechnen. Der Parteitag zeigt, wie unzulänglich dies Schema ist. Liest man die Judengesetze, das Flaggengesetz, das Reichsbürgergesetz, liest man die Anfangs- und Schlussreden Hitlers, wo er mit der selbständigen Aktion der Partei droht und die Ewigkeit der Partei verkündet,²⁹ so erscheint der Parteitag wie die Nazis ihn erscheinen lassen wollen, als Sieg des „Radikalismus“, als Teil der schrittweisen Verwirklichung des Programms. Hält man sich vor Augen, dass Schacht, dessen Königsberger Rede kürzlich noch zensuriert wurde,³⁰ jetzt den Parteiführern wirtschaftlichen Elementarunterricht erteilt, dass er nacheinander auf Parteitag, Arbeitsfrontkongress und Führertagung sprach, bedenkt man, wie der Parteiangriff auf Fritsch mit der Abschiebung des Parteixponenten Reichenau aus dem Kriegsministerium endete,³¹ so glaubt man einen Sieg der „Realisten“ zu sehen. Die Wirklichkeit ist anders. In allen Fragen der politischen Repräsentation, des Prestiges, der Propaganda hat die Partei über die Widerstände der Fachleute gesiegt, ihre formelle Unterordnung unter das totalitäre System erzwungen. In allen Fragen des Inhalts der Politik, ihres ökonomischen und klassenmäßigen Charakters hat [sic!] der reaktionärste Teil der Bourgeoisie und seine Fachleute ihre Ziele ohne jeden Widerstand durchgesetzt, – das heißt, ohne Widerstand innerhalb der Partei. Um die sozialen Punkte des Programms gab es und gibt es keinen Kampf; zwischen Partei und Fachleuten gibt es Konkurrenzgegensätze, Ressortkämpfe, Personalintrigen, aber keinen Klassenkampf.

29 In Hitlers Rede vom 10. September 1935 hatte es tatsächlich geheißen: „Was staatlich gelöst werden kann, wird staatlich gelöst. Was der Staat seinem ganzen Wesen nach eben nicht zu lösen in der Lage ist, wird durch die Bewegung gelöst.“ In seiner Ansprache am 16. September 1935 war vom „Weg zum Ewigen“ die Rede. Zit. nach Domarus (Hg.), Hitler, S. 525 und 541.

30 Die am 18. August 1935 gehaltene Rundfunkansprache Schachts wurde tatsächlich nicht „zensuriert“; die Rede, die sich gegen (gewaltsame) antijüdische Ausschreitungen wandte, wurde in vielen deutschen Zeitungen abgedruckt. Der „Völkische Beobachter“ der NSDAP verzichtete allerdings bei seinem Abdruck auf wesentliche Passagen, was Löwenthals Bewertung beeinflussen haben könnte. Schachts Rede bereitete die wenig später erfolgte „gesetzliche“ Regelung der „Judenfrage“ mit vor. Vgl. Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenfrage“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995, S. 162–168; vgl. auch Kopper, Hjalmar Schacht, S. 279 ff.

31 Zur kritischen Beurteilung dieser Behauptung vgl. die vorangestellte Einleitung.

Oberfläche und Untergrund

Und dennoch hat der Klassenkampf, der unterirdisch im faschistischen Deutschland fortgeht, auch auf der prächtigen Oberfläche des Parteitages seinen Ausdruck gefunden. Die wachsende Flut der Volksgenossen, die in den letzten Monaten wagten, auch unter diesem Regime selbstständig ihre Interessen und Rechte zu vertreten, ist an den Machthabern nicht spurlos vorübergegangen. Weniger als früher verließen sie sich diesmal auf ihre Massenwirkung, stärker als früher auf die Gewalt. Es wurde weniger gelockt und mehr gedroht. Den stärksten Ausdruck hat diese Wandlung in der Bestimmung des neuen Reichsbürgerrechtes gefunden, die nicht nur fremdblütige, sondern auch politisch Unzuverlässige von der zweifelhaften Ehre ausschließt, Vollbürger des Dritten Reiches zu sein. Die Plebiszite Adolf Hitlers werden in Zukunft nicht mehr auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts stattfinden, sondern auf Grund des Wahlrechtes der Reichsbürger, die den ganzen Passionsweg der faschistischen Erziehungsorganisation durchgemacht haben und dort auf Herz und Nieren geprüft worden sind.³² Man soll dies Symptom der Unsicherheit nicht überschätzen, aber es zeigt eine Veränderung an.

Die Stärke des faschistischen Systems ist heute, das hat der Parteitag bewiesen, nicht erschüttert, aber sie ist nicht mehr selbstverständlich, sondern gegen Widerstände erkämpft, die sich zu regen begonnen haben. Diese Widerstände wurzeln in allen Schichten der Gesellschaft, aber ihr Zentrum liegt nicht mehr bei denen, die im Namen der Vergangenheit gegen die faschistische Form der Klassenherrschaft opponieren, sondern bei der durch den Druck des Regimes zur oppositionellen Umorientierung gedrängten ausgebeuteten Klasse selbst. Von ihrer Kraft, von ihrem einheitlichen und zielbewussten Einsatz wird, wenn die Stunde kommt, auch die Aktivität aller anderen Schichten abhängen.

32 Da die im Reichsbürgergesetz genannte Verleihung von Reichsbürgerbriefen nicht zustande kam, fiel der Kreis derer, denen das Wahlrecht entzogen wurde, nicht so groß aus, wie von Löwenthal vermutet: Es betraf vor allem die Juden, nicht aber automatisch „politisch Unzuverlässige“. Zum Wahlrecht (für die Scheinwahlen von 1936 und 1938) vgl. Joachim Lilla (Hg.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biographisches Handbuch*, Düsseldorf 2004, S. 755 f.